

BI Pro Unibad nach 7 Jahren Einsatz für die Erhaltungssanierung von Unibad und Horner Freibad - April 2022

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass

- der auf geschönten Zahlen beruhende Beschluss von 2014, auf die Sanierung des Unibades wegen der angeblich zu hohen Kosten von max. 18 Mio. € zu verzichten und stattdessen einen Neubau zu errichten, nicht revidiert wurde, obwohl wir die irreführende Rechnung umgehend aufdeckten
- die Regierung bei ihrem Bäderkonzept blieb und sich von den bereits in der Planungsphase sprunghaft ansteigenden Kosten, die sich bisher auf gut das Doppelte der ursprünglich angesetzten Summe belaufen und das Kostenargument in sein Gegenteil verkehren, nicht beirren ließ
- unsere Gegenrechnung, die aufzeigt, dass die Sanierung von Unibad und Horner Bad um einen zweistelligen Millionenbetrag günstiger gewesen wäre als der Neubau, von Senatorin und Sportamt ignoriert wurde
- bis heute kein von der Landesverfassung vorgeschriebener Kostenvergleich vorliegt
- Regierung und Universität weitere nicht belegbare und untaugliche Gründe gegen das Unibad vorbrachten, z.B. die Aufgabe des Sportstudiengangs, die Nichtsanierbarkeit des Unibades, Eigentumsrecht und Platzbedarf der Universität, ein angeblich kostengünstiger laufender Unterhalt der neuen Schwimmhalle, morsche Tragelemente
- zum architektonischen Wert des Unibades als Teil des Sportensembles von der Regierung nie ein Wort verlautete und die von der Architektenkammer erhobene Forderung des Unibaderhalts ignoriert wurde
- nicht einmal eine von uns beantragte Begehung des Unibades zustandekam, weil senatorische Behörde und Universität unfähig waren, die dafür zuständige Stelle zu benennen, und wir im Verlauf von 7 oder 8 Monaten keinen Bescheid bekamen
- die Gespräche mit den Verantwortlichen, den Sportbeauftragten der Regierungsfractionen und dem Sportamt, einseitig blieben, eine kritische Prüfung unserer ausführlichen Gegenberechnung und -konzeption, wenn sie denn stattfand, nicht zu einer Stellungnahme, geschweige denn zu plausibler Widerlegung führte
- gegenüber kritischen Stimmen von der Regierung immer wieder auf die "breite Bürgerbeteiligung" zum Horner Bad verwiesen wurde, bei der allerdings die entscheidende Frage, ob die Bürger die Sanierung des Unisportbades und des Horner Familienbades wünschen oder ein um mindestens 10 Mio. teureres Kombibad mit wesentlichen funktionalen Abstrichen, ausgespart blieb
- dafür die Proteste von rund 1300 Bürgern gegen das Bäderkonzept nicht zählen und die Fragen, die wir Frau Stahmann zu ihrer Erwiderung an die Absender stellten, bis heute nicht beantwortet wurden
- wir von den Kontrollinstanzen (Landesrechnungshof und Bund der Steuerzahler) sowie den betroffenen Sportfunktionären, die mit dem Bäderkonzept den Verlust des überregional geschätzten, wettkampftauglichen Sportbades in Kauf nehmen, nicht unterstützt wurden,

ebensowenig vom damaligen Horner Beirat.

Eine rot-rot-grüne Regierung mit grüner Sportsenatorin und grüner Bausenatorin nimmt die unnötige Versiegelung eines großen Areals in Kauf, handelt nicht nach dem umweltschonenden Prinzip 'Erhaltung statt Neubau', interessiert sich offenkundig nicht für den funktionalen und architektonischen Wert der Sportanlagen auf dem Universitätsgelände, nimmt die weiter rückläufige Schwimmfähigkeit der Bremer Schüler und die völlig unzureichende Sportinfrastruktur in Horn nicht zum Anlass, ihre bisherige Politik kritisch zu prüfen und umzukehren.